



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

06.5328.02

Basel, 30. Mai 2007
ED/P065328

Regierungsratsbeschluss
vom 29. Mai 2007

Planungsantrag Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Aufführungsräume für die Freie Theater-, Tanz- und Musikszene

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom Mittwoch, 14. Dezember 2006, den nachstehenden Planungsantrag Nr. 06/50/23G betreffend Aufführungsräume für die Freie Theater-, Tanz- und Musikszene dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Von den rund 100 Millionen Franken, die der Kanton BS für Kulturförderung ausgibt, steht bisher nur ca. 2% für die freie Theater-, Tanz- und Musikszene zur Verfügung. Die jüngsten Diskussionen um die Nutzung der Kaserne Basel haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass es unter den aktuellen finanziellen und räumlichen Voraussetzungen nicht möglich ist, die berechtigten Bedürfnisse der drei Sparten freies Theater, Tanz und Populärmusik befriedigend abzudecken. Vor allem die nicht in ausreichendem Ausmass zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten, aber auch begrenzte Betriebsmittel führen zu Konflikten zwischen den Interessen der drei Sparten der freien Theater-, Tanz- und Musikszene. Unter dieser Situation leidet vor allem auch die künstlerische Qualität und Kreativität der freien Szene. Offensichtlich geworden ist auch, dass die zur Zeit der Kaserne Basel zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unzureichend sind, um die Bedürfnisse aller drei Sparten der freien Szene befriedigend abzudecken.

Damit alle Sparten der freien Szene unter angemessenen Voraussetzungen arbeiten können, braucht es in Basel-Stadt zusätzliche Aufführungs- und Proberäume, sowie eine Aufstockung der entsprechenden Betriebsmittel. Eine rasche Verbesserung der Förderung der freien Szene ist ein dringendes und notwendiges kulturpolitisches Signal, um zu verhindern, dass die Interessen der verschiedenen Sparten der freien Szene gegeneinander ausgespielt werden.

Eine prosperierende Entwicklung der freien Theater-, Tanz- und Musikszene setzt voraus, dass die Aufführungsmöglichkeiten im bisherigen Umfang in der Kaserne Basel erhalten bleiben und um geeignete Spiel-, Probe- und Veranstaltungsräume ergänzt werden. Vertiefte Abklärungen müssen aufzeigen, ob dieser zusätzliche Raum bei der Kaserne oder an anderem Ort zur Verfügung gestellt werden kann.

Im Politikplan 2007-2010 werden folgende Ziele in den Sparten Musik und Theater definiert: „Basel ist ein Musikzentrum von grosser Ausstrahlung und nimmt im Bereich Theater im deutschsprachigen Raum einen Spitzenrang ein.“ Hingegen fehlen im Kapitel „Kulturförderung und -pflege“ (ED/2.4, S. 58) konkrete Vorhaben im Bereich der so genann-

ten „Alternativkultur“, im speziellen zu den Sparten freies Theater, Tanz und Populärmusik. Im Politikplan sind deshalb im entsprechenden Kapitel folgende Ergänzungen anzubringen:

Bereitstellung bis spätestens 2010 von zusätzlichem Raum zur Aufführung von Theater- und Tanz- oder Populärmusikproduktionen (Infrastruktur entsprechend der Reithalle der Kaserne) sowie Einstellung zusätzlicher Mittel ins Budget für die dafür jährlich anfallenden Betriebssubventionen.

Jürg Stöcklin, Martin Lüchinger, Tobit Schäfer, Annemarie von Bidder, Oswald Inglin, Sibel Arslan, Beat Jans, Stephan Maurer, Annemarie Pfister, Tino Krattiger, Urs Müller-Walz, Anita Lachenmeier-Thüring, Christoph Wydler, Gisela Traub, Rolf Häring, Edith Buxtorf-Hosch“

Wir nehmen zu diesem Planungsantrag wie folgt Stellung:

1. Ausgangslage

Den Planungsantrag für die Schaffung eines der Reithalle in der Kaserne Basel vergleichbaren Raumes und entsprechender Betriebsmittel bis spätestens 2010 begründen die Antragsunterzeichnenden in erster Linie mit dem Missverhältnis der Mittel, welche aus der Kulturförderung in die Bereiche Freie Theater-, Tanz- und Musikszene fliessen, und dass es diesen Szenen unter den materiell und räumlich ungenügenden Rahmenbedingungen nicht möglich sei, die gewünschte künstlerische Qualität und Entwicklung zu erreichen. Der Regierungsrat hält diese Begründung für zu vereinfacht und sieht grundsätzlich im Vergleich der Kulturausgaben zu Gunsten der "Hochkultur" einerseits und der "Alternativkultur" andererseits keinen konstruktiven Ansatz.

Selbstverständlich ist Kultur ein sich ständig wandelnder Begriff. Ebenso selbstverständlich ist, dass neben der Bewahrung und Pflege unseres kulturellen Erbes die staatliche Kulturförderung auf neuere Entwicklungen eingeht, diese unterstützt und sie als förderungswürdige Ausdrucksformen kultureller Entwicklungen und Bedürfnisse unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen ernst nimmt, allerdings nicht auf Kosten der "Hochkultur".

Die These, dass sich die Freie Szene auf Grund ungenügender Mittel und Infrastruktur nicht entwickeln könne, ist eine mögliche Sicht. Der Regierungsrat stellt allerdings fest, dass die Besucherzahlen in bestehenden Aufführungsräumen bei Produktionen der Freien Tanz- und Theaterszene in der Regel alles andere als zusätzlichen Bedarf dokumentieren. Auch im Bereich der Populärmusik hält er das bestehende Angebot im nicht-kommerziellen Bereich für gut.

Probleme sieht der Regierungsrat tatsächlich in der Bespielung der wichtigsten Aufführungsräume für die Freie Szene und die Populärmusik in der Kaserne Basel. Aufführungen der Sparten Theater und Tanz einerseits und Konzerte andererseits schaffen grosse Probleme. Zudem ist die Problematik von Aufführungen und Proben gravierend. Längere Probezeiten bedeuten heute eine Blockierung für Aufführungen. Der Parallelbetrieb von Konzerten und Theater- oder Tanzaufführungen ist kaum möglich. Dies sind, vor allem im Bereich von Eigenproduktionen, tatsächlich wichtige Bedürfnisse. Sie müssen über ein besseres, allerdings

angemessen und sinnvoll erweitertes Raumangebot, aber auch über Verbesserungen von Betriebs-, Organisations- und Leitungsfragen der Kaserne Basel und der Förderung der Freien Szene und Populärmusik abgedeckt werden.

Auf den Bereich Populärmusik möchte der Regierungsrat hier nicht weiter eingehen, dieser wird in der Beantwortung des Planungsantrag Sibel Arslan, Nr. 06/50/23G, betreffend "Probelokale für Populärmusikgruppen" und dem Budgetpostulat Beat Jans und Konsorten zur Populärmusik, GRB Nr. 07/07/20.1G vom 14.02.2007 behandelt.

Zur generellen Frage der Stärkung der "Alternativkultur" besteht zudem der Antrag Martin Lüchinger und Konsorten zur Stärkung der Alternativkultur / freien Szene, GRB Nr. 07/03/30G, welcher dem Regierungsrat am 17. Januar 2007 vom Grossen Rat zur Beantwortung überwiesen wurde. Das Erziehungsdepartement, Ressort Kultur, ist mit den betroffenen Szenen im Gespräch. Verschiedene Verbesserungen und Stärkungen der Freien Szene sind Teil des aktuellen Budgetprozesses und können bereits 2008 umgesetzt werden. Ein Brennpunkt und wichtigster Ort sowohl für die Freie Tanz- und Theaterszene wie auch die nicht-kommerzielle Populärmusik ist die Kaserne Basel. Hier wurde nach einem intensiven, konstruktiven Prozess unter Einbezug und mit Zustimmung aller involvierten Kreise ein neues Betriebsmodell formuliert, das mit der neuen Spielzeit 2008 in Kraft treten wird. Von diesem neuen Betriebsmodell und der neuen Leitung ab 2008 erwartet der Regierungsrat eine deutliche Verbesserung der Koordination zwischen den Sparten Theater, Tanz und Musik, eine Verbesserung der Produktionsbedingungen, eine bessere Vernetzung der Kaserne Basel mit anderen regionalen, nationalen und internationalen Häusern, was wiederum bessere Auftrittsmöglichkeiten für Freie Truppen mit sich bringt. Parallel dazu läuft derzeit die Überarbeitung des gemeinsamen Fördermodells BS/BL Theater und Tanz, eine Erhöhung der entsprechenden Kredite ist ebenfalls vorgesehen.

2. Zur konkreten Forderung des Planungsantrages

Der Planungsantrag fordert bis spätestens 2010 die Bereitstellung eines zusätzlichen Aufführungsraumes entsprechend der Reithalle der Kaserne Basel und der entsprechenden Betriebsmittel. Auf Grund des geschilderten Sachverhaltes beantragt der Regierungsrat die Rückweisung dieses Planungsantrages. Dies nicht auf Grund der Negierung von bestehenden Defiziten und berechtigten Anliegen der Freien Szene, sondern aus dem Bestreben, realistische und angemessene Lösungen zu finden und in einer Zeit des Überangebotes nicht eine unverantwortliche Raumkapazitäts-Steigerung zu unterstützen.

Der Regierungsrat ist aber bereit, das Erziehungsdepartement mit der weiteren sorgfältigen Abklärung des zusätzlichen künftigen Raum- und Mittelbedarfs der Freien Theater- und Tanzszene sowie der Populärmusik zu beauftragen. Dabei ist neben der anerkannten Problematik von Probenraum der Bedarf bezüglich Aufführungsräumen auch unter dem Aspekt bestehender Angebote und vor allem auch unter Berücksichtigung des Publikumsinteresses zu beurteilen. Diese Arbeit steht in engstem Bezug zum Beschluss des Regierungsrates vom 17. April 2007, mit welchem das Erziehungsdepartement beauftragt wird, im Rahmen der Entwicklung Kasernenareal *"ein gemeinsames Positionspapier der involvierten Kulturschaffenden auf dem Kasernenareal bezüglich der kulturpolitischen Wünsche, Ansprüche*

und Visionen" zu erarbeiten. In diesem Kontext ist die Raumfrage für kulturelle Nutzung ein wichtiger Punkt.

Der Regierungsrat ist auch bereit, die folgenden Formulierungen hinsichtlich der Aufnahme in den Politikplan 2008 bis 2011 unter Kapitel 2.4 Kulturförderung zu prüfen:

1. unter politische Ziele:

"Die Freie Theater- und Tanzszene sowie die Populärmusik werden gezielt gefördert. Diese Bereiche werden von der Kulturförderung der Publikumsnachfrage entsprechend, angemessen und unter Berücksichtigung der allgemein gültigen Kulturförderungskriterien unterstützt."

2. unter Projekte und Vorhaben:

"Für die Freie Theater- und Tanzszene steht das neue Betriebskonzept der Kaserne unter Einbindung der entsprechenden Szenen sowie einer neuen Leitung ab 2008 im Vordergrund. Für die Populärmusik werden in Zusammenarbeit mit dem Rockförderverein bis Ende 2008 mindestens zehn Proberäume für regionale Bands realisiert. Im Rahmen der Entwicklung Kasernenareal wird angestrebt, eine gemeinsame Position und Vision der Kulturschaffenden für das Kasernenareal zu formulieren."

3. Antrag

Auf Grund dieser Ausführungen beantragen wir Ihnen, den Planungsantrag Nr. 06/43/91 betreffend Aufführungsräume für die Freie Theater-, Tanz- und Musikszene dem Regierungsrat nicht zur weiteren Bearbeitung und Umsetzung im Politikplan zu überweisen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Eva Herzog
Präsidentin



Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber